



Michael Groß MdB informiert

Schuldenschnitt statt immer weiterer Kredite

Griechenland braucht einen Neuanfang

Die Schuldenkrise in Griechenland rüttelt an den Grundfesten der Europäischen Währungsunion. Die EU-Staaten müssen jetzt handeln, um Griechenland wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zu bringen und damit das wirtschaftliche Wohl Gesamteuropas zu sichern. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist in der Krise ohne Kompass und laviert. Die SPD fordert einen wirkungsvollen Schuldenschnitt für Griechenland unter Beteiligung der privaten Gläubiger und Hilfen zum Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft nach dem Vorbild des „Marshall-Plans“ – finanziert aus den Mitteln einer europäischen Finanztransaktionssteuer.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen zum Vereinten Europa und zum Euro. Die Europäische Union hat uns eine über 60-jährige Periode des Friedens, der Freiheit und des ständig steigenden Wohlstands gebracht. Deutschland hat als führende Exportnation besonders von der EU profitiert. 60 Prozent unserer Exporte gehen in Staaten der Europäischen Union.

Unsere Vorschläge zur Lösung der Krise

- Es reicht nicht aus, Griechenland mit immer weiteren Krediten, die wiederum neue Zinslasten nach sich ziehen, über Wasser zu halten. Dies verhindert einen Neuanfang und droht, das Land und die Menschen endgültig wirtschaftlich zu erdrosseln. Deshalb braucht Griechenland einen wirkungsvollen „Schuldenschnitt“, bei dem auch die privaten Gläubiger auf größere Teile ihrer Forderungen verzichten müssen. Es darf nicht sein, dass allein die Steuerzahler die Kosten der Krise schultern müssen. Je länger dieser Schuldenschnitt herausgezögert wird, desto weniger private Gläubiger werden sich letztlich überhaupt noch an ihm beteiligen.
- Nach einem Schuldenschnitt hat Griechenland die Chance, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die EU muss dies mit einem Wachstums- und Investitionsprogramm fördern. Natürlich müssen die Griechen auch ihre Hausaufgaben machen und ihre Probleme lösen, indem sie z. B. die hohen Staatsausgaben zurückfahren und Korruption entschieden bekämpfen. Aber ohne wirtschaftliches Wachstum werden sie ihre Schulden nicht zurückzahlen können.
- Der Schuldenschnitt muss an gemeinsame europäische Anleihen (Euro-Bonds) geknüpft werden, um eine Ansteckungsgefahr für andere Staaten in der Eurozone zu vermeiden. Euro-Bonds, für die die Euro-Staaten gemeinsam haften, können es den Krisenländern erleichtern, Geld an den Finanzmärkten aufzunehmen und so zahlungsfähig zu bleiben. Sie wären außerdem ein starkes Signal der Solidarität, mit dem Europa das Vertrauen der Märkte zurückgewinnen könnte.
- Banken und Finanzinstitute müssen zudem endlich an den Kosten der Krise beteiligt werden. Hierzu benötigen wir eine europaweite Umsatzsteuer auf alle Finanzgeschäfte (Finanztransaktionssteuer). Aus den Einnahmen dieser Steuer könnte z. B. auch ein Infrastrukturprogramm für Griechenland bezahlt werden.

Finanzspekulationen bekämpfen. Den Menschen in Griechenland helfen.

Wahlkreisbüro Michael Groß MdB

Bergstraße 107 • 45770 Marl

Tel.: 02365 32444 • Fax: 02365 933 584

E-Mail: michael.gross@wk.bundestag.de • Internet:www.michael-gross-online.de